

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Oliver Krischer, Ingrid Nestle, Hans-Josef Fell, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache 17/8973 –

Engpässe in der Erdgasversorgung

Vorbemerkung der Fragesteller

Im Februar 2012 wurde vermehrt über Liefer- und Verteilungspässe in der Erdgasversorgung in der Öffentlichkeit diskutiert. Vor allem Lieferengpässe in den Erdgasleitungen zwischen Nord- und Süddeutschland waren dafür verantwortlich. Aber auch Russland hatte Anfang Februar 2012 bei Erdgaslieferungen zeitweilig Lieferkürzungen von bis zu 30 Prozent durchgeführt. Das staatliche Energieunternehmen Gazprom begründete dies mit der extremen Kälte- welle und den damit verbundenen gestiegenen Bedarf im eigenen Land.

Diese beiden Faktoren haben besonders in Süddeutschland zu einer angespannten Versorgungslage geführt. Einzelne Versorger riefen ihre Kunden zum sparsameren Einsatz von Gas auf. Gleichzeitig wurden Gaskraftwerke abgeschaltet, sodass auch das Stromsystem von den Gasengpässen beeinflusst wurde.

Zur Vorbeugung von Erdgasengpässen hat die Europäische Union u. a. die Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Erdgasversorgung Verordnung (EU) Nr. 994/2010 verabschiedet, die die Europäische Kommission ermächtigt, den Versorgungsnotstand in einem EU-Staat auszurufen, wenn die Erdgasimporte um 10 Prozent einbrechen. Dafür müssen die Mitgliedstaaten sich im Notfall gegenseitig die Vorräte zur Verfügung stellen.

1. Welche EU-Mitgliedstaaten haben in den vergangenen zwölf Monaten – bezogen auf die Gasimporte – wie oft den Versorgungsnotstand ausgerufen (bitte einzeln nach Mitgliedstaat, Zeitpunkt, Dauer und Ursache aufschlüsseln)?

In den letzten zwölf Monaten haben die nachfolgenden Länder die Alarmstufe gemäß Verordnung (EU) Nr. 994/2010 ausgerufen. Nach Angaben der Euro-

päischen Kommission hat kein Land die Notfallstufe gemäß der EU-Verordnung notifiziert.

Griechenland hat die Alarmstufe aufgrund von Lieferausfällen von russischem Erdgas in Höhe von 50 Prozent an dem Grenzeinspeisepunkt „Sidirokastro“ an der bulgarischen Grenze der Europäischen Kommission am 2. Februar 2012 notifiziert und die Alarmstufe am 19. Februar 2012 aufgehoben, da die Gas-mindermengen durch LNG-Importe ausgeglichen werden konnten.

Italien hat am 5. Februar 2012 die Alarmstufe der Europäischen Kommission aufgrund von Lieferausfällen von russischem Erdgas in Höhe von rd. 15 Prozent notifiziert und die Alarmstufe am 16. Februar 2012 aufgehoben.

Polen hat am 5. Februar 2012 die Alarmstufe aufgrund unerwartet hoher Nachfrage nach Erdgas und von Lieferausfällen von russischem Erdgas notifiziert und bis Ende Februar 2012 aus Gründen der Vorsorge aufrechterhalten. Die Situation am Gasmarkt in Polen hatte sich bereits am 8. Februar 2012 entspannt.

2. Wie oft hat Deutschland von der Verordnung (EU) Nr. 994/2010 in den vergangenen zwölf Monaten Gebrauch gemacht, und mit jeweils welchen Erdgasmengen (bitte einzeln nach Zeitpunkt, Dauer und Ursache aufschlüsseln)?

Deutschland hat in den letzten zwölf Monaten keine Krisenstufen gemäß der EU-Verordnung notifiziert. Die Lieferausfälle von russischem Erdgas im Februar 2012 am Grenzeinspeisepunkt „Waidhaus“ in Höhe von bis zu 30 Prozent konnten durch marktbasierende Maßnahmen, insbesondere durch erhöhte Aus-speicherung, ausgeglichen werden.

3. Wie oft hat Deutschland innerhalb der letzten zwölf Monate im Rahmen der Verordnung (EU) Nr. 994/2010 Erdgas in andere EU-Staaten exportiert (bitte nach Zeitpunkt, Menge und Dauer aufschlüsseln)?
5. Welche Auswirkungen hatte dieser Export nach Ansicht der Bundesregie-rung auf die Erdgasversorgung in Deutschland in den vergangenen Wo-chen?

Die Verordnung (EU) Nr. 994/2010 sieht Maßnahmen zur Gewährleistung einer sicheren Erdgasversorgung in Europa vor. Deutschland hat nach Kenntnis der Bundesregierung im Rahmen dieser Verordnung in den letzten zwölf Monaten kein Erdgas in andere EU-Staaten exportiert. Der Transit von Erdgas in andere EU-Staaten funktionierte reibungslos und war nicht eingeschränkt. Auf die Ausführungen zu Frage 2 wird verwiesen.

4. Welche genauen Informationen liegen der Bundesregierung über die Aus-rufung des Versorgungsnotstands im Februar 2012 in Italien vor?

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

6. Welche Erdgasmengen hat Deutschland in den Monaten Januar und Feb-ruar 2012 nach Italien exportiert?

Außenhandelsdaten für diesen Zeitraum sind noch nicht verfügbar.

7. Welche Erdgasmengen hat Deutschland in den Monaten Januar und Februar 2012 aus Italien importiert?

Auf die Antwort zu Frage 6 wird verwiesen.

8. Wie viele Kraftwerke mussten aufgrund eines mangelnden Erdgasdrucks oder anderer Ereignisse, die mit einem verminderten Erdgasimport in Verbindung stehen, wie oft in den vergangenen zwölf Monaten abgeschaltet werden (bitte nach Kraftwerk, Zeitpunkt, Dauer, anschließendem Netzbetreiber und Ursache aufschlüsseln)?

Die Daten liegen der Bundesregierung noch nicht in der gewünschten Genauigkeit vor. Aktueller Kenntnisstand ist, dass – bedingt durch sehr niedrige Temperaturen von Anfang bis Mitte Februar – im Netz der Open Grid Europe im Süden Deutschlands diejenigen Gastransportverträge, in denen eine Unterbrechung der Transportleistung vertraglich vorgesehen ist, unterbrochen wurden. Durch die Unterbrechung dieser Gastransportverträge konnten einige über das Netz der Open Grid Europe versorgte Kraftwerke (der Bundesnetzagentur sind bisher die Kraftwerke RDK 4, Franken I und Irsching 5 bekannt) zeitweise nicht vollumfänglich bzw. nicht an der Stromerzeugung teilnehmen. Eine genauere Auswertung durch die Übertragungsnetzbetreiber und die Bundesnetzagentur, insbesondere bezüglich Dauer und Umfang der Versorgungsunterbrechungen einzelner Gaskraftwerke und der Ursachen, ist noch nicht abgeschlossen.

9. Welche Ursache hatte der offenbare Engpass in der Gasversorgung in Süddeutschland im Februar 2012, vor dem Hintergrund, dass laut Experten in den Gasspeichern noch ausreichend Gas zwischengespeichert war?

Ab dem 1. Februar 2012 kam es am Grenzübergangspunkt „Waidhaus“ für einen Zeitraum von etwa zwölf Tagen zu einem erheblichen Liefereinbruch der Gasmengen bei gleichzeitiger außergewöhnlich hoher Nachfrage nach Gas aufgrund der extremen Kälteperiode. So lag der Tagesmittelwert für den Zeitraum 1. bis 20. Februar 2012 um über 6 Grad Celsius unter dem statistischen Tagesmittelwert für diesen Zeitraum. Stabilisierend wirkten sich für die Gasversorgung die Verfügbarkeit hoher Speicherkapazitäten in Deutschland sowie netzbezogene Maßnahmen der Fernnetzbetreiber aus, so dass eine kritische Versorgungssituation vermieden werden konnte.

10. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass die unterschiedlichen Vertragsbedingungen in den Erdgaslieferverträgen dazu geführt haben, dass die Belieferung von Erdgaskraftwerken mit Gas gestoppt wurde?

Siehe Antwort zu Frage 8.

11. Wie bestimmen die Netzbetreiber die Abschaltreihenfolge von Verbrauchern bei Engpasssituationen?

Die Netzbetreiber ergreifen in Engpasssituationen auf Basis des §16 des Energiewirtschaftsgesetzes Maßnahmen zur Sicherstellung der Netzstabilität. Eine feste Abschaltreihenfolge gibt es nicht, grundsätzlich gilt jedoch die Regel, dass Verbraucher mit abschaltbaren Verträgen prioritär vom Netz gehen.

12. Welche konkreten Eingriffsmöglichkeiten sieht die Bundesregierung, um Engpässe in der Erdgasversorgung zukünftig auszuschließen?

Das Energiewirtschaftsgesetz sieht ein umfassendes Instrumentarium für die Sicherstellung der Versorgung mit Elektrizität und Gas vor, zu dem auch netzbezogene marktbasierende Maßnahmen sowie nicht marktbezogene Eingriffsmöglichkeiten gehören. In diesem Zusammenhang sind Netzbetreiber auch verpflichtet, sich aufgrund ihrer Systemverantwortung für die Netze miteinander abzustimmen. Darüber hinaus stellt die Bundesnetzagentur im Rahmen ihrer Aufsichtsfunktion eine überregionale und zwischen Strom- und Gassektor ausbalancierte Koordinierung der Maßnahmen sicher. Diese Aufgabe hat die Bundesnetzagentur auch während der Kältewelle im Februar 2012 erfolgreich ausgeübt.

13. Welche konkreten zusätzlichen Infrastrukturmaßnahmen plant die Bundesregierung, um zukünftig Engpässe in der Erdgasversorgung auszuschließen?

Die Erdgasversorgungslage in Deutschland ist in hohem Maß als sicher und zuverlässig zu bewerten. Günstig wirken sich insbesondere die hohen Speicherkapazitäten in Deutschland sowie eine vergleichsweise differenzierte Lieferantenstruktur aus. Im Rahmen der Netzentwicklungspläne wird der bereits hohe Infrastrukturstandard in Deutschland ständig weiterentwickelt. Auch auf EU-Ebene werden zusätzliche Infrastrukturmaßnahmen im grenzüberschreitenden Bereich erörtert, die die Bundesregierung politisch unterstützt. Dabei spielen insbesondere zusätzliche Bezugsquellen im kaspischen Raum eine Rolle. Engpässe in der Erdgasversorgung sind zwar sehr unwahrscheinlich, können aber dennoch nicht ausgeschlossen werden. Eine hundertprozentige Sicherheit gibt es auch in diesem Bereich nicht.